



Niederschrift

2. Öffentliche Sitzung des Kreistages

Sitzungstermin: Donnerstag, 10.07.2008
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 22:55 Uhr
Ort, Raum: Hamburger Straße 30, Bad Segeberg, Kreistagssitzungssaal

Anwesende:

Herr Zylka, Winfried Kreispräsident
Herr Säker, Peter 1. stv. Kreispräsident
Frau Jahn, Rosemarie 2. stv. Kreispräsidentin

Frau Albert, Bettina

Frau Algier, Ute

Herr Berg, Arne-Michael

Herr Bülow, René

Herr Buthmann, Jörg

Herr Dieck, Claus Peter

Herr Dingeldein, Gottlieb

Frau Glage, Annette

bis 22:45 Uhr

Herr Gloger, Peter

Frau Grote, Doris

Frau Hahn-Fricke, Angelika

Frau Hauschildt, Helga

Herr Jordt, Michael

Herr Miermeister, Joachim

Herr Mohr, Wilfried

Frau Rathje-Hoffmann, Katja

Herr Scheiwe, Hans-Jürgen

Herr Dr. Schuckart, Manfred

Herr Schulz, Dietmar

Herr Völker, Carsten Ulrich

Frau von der Mühlen, Dagmar

Herr Wengler, Wilfried

Herr Wild, Hans-Joachim

bis 22:00 Uhr

Herr Wulf, Henning

bis 22:30 Uhr

Frau Altenhöner, Jutta

Herr Beeth, Rudolf G.
Frau Brüggemann, Diane
Herr Bruß, Volker
Herr Busch, Gerd-Rainer
Herr Ehlers, Marc-André
Herr Köpke, Tobias
Herr Krause, Klaus-Jürgen
Frau Lange, Ulla
Frau Lessing, Edda
Frau Marcussen, Rita
Frau Olef, Ingrid
Herr Sass-Olker, Hans-Jürgen
Herr Wagner, Alexander
Herr Wilken, Arnold
Frau Würfel, Lore
Herr Behm, Joachim
Herr Dose, Joachim bis 22:25 Uhr
Herr Eberhard, Klaus-Peter
Frau Loedige, Katharina
Herr Dr. Muschke, Manfred
Herr Schnabel, Wolfgang
Herr Schroeder, Klaus-Peter
Herr Curdt, Dietmar bis 21:00 Uhr
Herr Gutenschwager, Arne
Herr Hansen, Arne
Herr Schulz, Raimund
Herr Stoltenberg, Peter
Herr Trapp, Jörg
Herr Kittler, Heinz-Michael
Herr Lübbers, Hermann
Herr Petersen, Helge
Herr Böttcher, Renee
Herr Landrat Gorrissen
Frau Maletz-Diestelkamp Gleichstellungsbeauftragte
Damen und Herren FBLs
Herr Eickstädt Anwärter
Herr Stürwohldt Protokollführer

Abwesende:

Herr Brauer, Sven-Hilmer entschuldigt
Frau Brocks, Simone erntschuldigt
Frau Sager, Karin entschuldigt
Herr Murawski, Volker entschuldigt

**Tagesordnung:
(öffentlich)**

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Vertrag über die Übertragung der Durchführung von Aufgaben der Jugend- und Kulturförderung des Kreises
- 2.1 Vertrag über die Übertragung der Durchführung von Aufgaben der Jugend- und Kulturförderung des Kreises durch den Verein für Jugend- und Kulturarbeit
Anträge von SPD- und Grünen-Fraktion
Vorlage: DrS/2008/061
- 2.2 Vertrag über die Übertragung der Durchführung von Aufgaben der Jugend- und Kulturförderung des Kreises
Vorlage: DrS/2008/064-1
- 3 Baumaßnahmen auf dem Jugendzeltplatz Wittenborn
- 4 Öffentlicher Rettungsdienst im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2008/057
- 5 Berichtswesen
Vorlage: DrS/2008/039
- 6 Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel
hier: Erneuerungsbauvorhaben Straßenbau
Vorlage: DrS/2008/067
- 7 Gremienbesetzung der Sparkasse Südholstein;
Wahl bzw. Vorschlag durch den Kreistag Segeberg für
1.) Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Südholstein
2.) Verwaltungsrat der Sparkasse Südholstein
Vorlage: DrS/2008/046
- 8 Änderung der Satzung für das Kommunalunternehmen - Anstalt öffentlichen Rechts
Gebäudemanagement des Kreises Segeberg
Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage: DrS/2008/068
- 9 Gremienbesetzung
* Verwaltungsrat AöR
* Aufsichtsrat WEP
- 10 Fortschreibung der Verträge im Bereich Erziehungsberatung
Vorlage: DrS/2008/066
- 11 Fortschreibung der Verträge im Bereich der Suchtberatung
Vorlage: DrS/2008/065
- 12 Verkehrsberuhigende und die Verkehrssicherheit erhöhende Maßnahmen
Antrag Grünen-Fraktion
Vorlage: DrS/2008/035

- 13 Aktuelle Fragezeit
- 14 Einwohnerfragestunde II
- 15 Zeitpunkt der Amtseinführung der Landrätin
- 16 Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Umsetzung der Richtlinie des Landes Schleswig-Holstein zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Bundesinvestitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung" (für Kinder unter drei Jahren)
Vorlage: DrS/2008/070

Protokoll:

Der Kreispräsident eröffnet die 2. Sitzung des neugewählten Kreistages. Er stellt fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Zum Protokollführer bestellt er Herrn Stürwohldt. Er weist auf den anstehenden Wechsel von Herrn Stürwohldt in die Bauverwaltung hin und begrüßt als Nachfolger Herrn Eickstädt im KT-Saal. Er begrüßt die anwesenden Gäste. Der Kreispräsident weist danach auf mehrere Tischvorlagen hin, die bereits auf die Tische verteilt seien.

Anschließend informiert der Kreispräsident über die heutige konstituierende Mitgliederversammlung des Landkreistages (LKT). Er sei wieder in den Vorstand des LKT gewählt worden. Neuer Vorsitzender des LKT sei Landrat Sager aus Ostholstein

Zur Tagesordnung trifft der Kreispräsident folgende Feststellung:

Der TOP „Zeitpunkt der Amtseinführung der Landrätin“ wird vor TOP 2 auf der Tagesordnung behandelt, findet sich in Allris aus technischen Gründen aber unter TOP 15. Die Vorlage „Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Umsetzung der Richtlinie des Landes Schleswig-Holstein zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Bundesinvestitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung" (für Kinder unter drei Jahren)“ wird in der Tagesordnung auf TOP 16 gesetzt. Der TOP 5 (Berichtswesen) soll nach Absprache im Hauptausschuss abgesetzt werden. Zur Frage, ob der „Vertrag zur WEP“ auf die Tagesordnung gesetzt werden müsse, schildert der Landrat zuerst die aktuelle Situation und betont, dass es keines weiteren Beschlusses bedürfe, da er nach gültiger Beschlusslage handlungsfähig sei. Insoweit müsse die Angelegenheit nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dem stimmen die Fraktionsvorsitzenden so zu.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Vom Einwohner Uwe Vossemer wird der Umgang des Kreistages mit der gewählten Landrätin Jutta Hartweg bemängelt. Der Einwohner Volker Schmäuser richtet die Frage an den Kreistag, ob Fragesteller vom Kreistag immer so schlecht behandelt würden, wie es ihm in der vergangenen Sitzung ergangen sei. Der Kreispräsident stellt anschließend seine Sicht der Ereignisse dar und betont, dass nach seiner Wahrnehmung der Fragesteller korrekt und freundlich beschieden worden sei.

zu 2 Vertrag über die Übertragung der Durchführung von Aufgaben der Jugend- und Kulturförderung des Kreises

**zu 2.1 Vertrag über die Übertragung der Durchführung von Aufgaben der Jugend- und Kulturförderung des Kreises durch den Verein für Jugend- und Kulturar-
beit
Anträge von SPD- und Grünen-Fraktion
Vorlage: DrS/2008/061**

Dieser Antrag wurde in der Sitzung von den Antragstellern zurückgezogen.

zu 2.2 Vertrag über die Übertragung der Durchführung von Aufgaben der Jugend- und Kulturförderung des Kreises **Vorlage: DrS/2008/064-1**

Herr Busch (SPD) erklärt, dass die SPD-Fraktion der Vorlage so fast zustimmen werde, er befürworte allerdings die Zuschusssummen für Miete und Pacht nicht als konkrete Summe im Beschluss festzusetzen, da durchaus die Möglichkeit bestünde, dass sich die wirklichen Summen während der Vertragslaufzeit ändern könnten. Daneben weist er darauf hin, dass es dringlich geboten sei heute zu einem Beschluss zu kommen und bittet daher um Zustimmung zu der Vorlage.

Herr Wulf (CDU), als Hauptausschussvorsitzender, erläutert im Anschluss, dass sich der Hauptausschuss in seiner letzten Sitzung mit dem Vertrag beschäftigt habe und einige Änderungen und Ergänzungen auf Grundlage des Antrages der CDU-Fraktion zur DrS/2008/064-1 erarbeitet habe. Der Vertrag sehe, im Gegensatz zu allen anderen Verträgen die der Kreis Segeberg abschließe, eine Laufzeit von fünf Jahren vor. Dies sei hier jedoch geboten, um dem Verein und dem Personal eine gewisse Planungssicherheit zu geben. Der Zuschuss der Kreis an den Verein für die inhaltliche Arbeit des Vereins werde von 1,02 Mio. Euro auf 1,2 Mio. Euro angehoben, um der gestiegenen Kostenentwicklung Rechnung zu tragen. Die Summe die bisher für Miete und Pacht bezahlt worden sei, falle zukünftig heraus und werde als gesonderter Mietvertrag zwischen AöR und Verein ausgehandelt. Daneben fielen noch 110 TEUR für die gestiegenen Personalkosten an. Nach der Vorstellung einiger Änderungen, die der Hauptausschuss in den Vertrag eingearbeitet hat bittet Herr Wulf um Zustimmung zu dem Vertrag.

Herr Busch (SPD) weist darauf hin, dass zurzeit nicht eindeutig sei, über welche Vorlage man heute diskutiere. Seiner Meinung nach stimme man heute über die Vorlage DrS/2008/064-1 ab, welche auch eine genaue Höhe der Zuschüsse für Mieten und Pacht vorsehe. Die Ausführungen von Herrn Wulf über die Beratungen im Hauptausschuss seien ihm bisher völlig unbekannt gewesen.

Herr Schroeder (FDP) macht ebenfalls deutlich, dass klar formuliert sein müsse, worüber man heute abstimme.

Nach einer kurzen Diskussion darüber, über welchen Beschlussvorschlag heute abgestimmt werde, macht der Landrat den Vorschlag, eine kurze Auszeit bei diesem Tagesordnungspunkt zu machen, um einen neuen Beschlussvorschlag zu formulieren, der auch die Änderungen des Hauptausschusses berücksichtige. Diesem Vorschlag folgt der Kreistag.

Nach einer kurzen Auszeit erläutert der Landrat den nun vorliegenden Antrag, der die Änderungen und Ergänzungen des Hauptausschusses auf Grundlage des CDU-Antrages berücksichtigt und macht deutlich, dass dadurch nichts vom dem, was der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport in den Vertrag hineingebracht haben verändert werde. Auf Nachfrage von Herrn Schnabel (FDP) erklärt der Landrat, dass der letzte Absatz des Beschlussvorschlages nicht Teil des Vertrages werde, sondern nur zum Beschlussvorschlag gehöre. Zusätzlich wird auf Vorschlag von Herrn Schnabel (FDP) im vorletzten Absatz die Formulierung „ergibt sich aus“ in „ist gleich“ geändert.

Anschließend stellt der Kreispräsident den Beschlussvorschlag des Landrats mit der von Herrn Schnabel angeregten Änderung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

den Abschluss eines Vertrages über die Durchführung von Aufgaben der Jugend- und Kulturförderung des Kreises Segeberg mit dem Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e.V. (VJKA).

Zusätzlich beschließt der Kreistag folgende Maßgaben:

In Absatz 1 der Präambel sind die Worte „im Einvernehmen“ mit den Städten und Gemeinden des Kreises zu streichen;

§ 9, Abs. 2 ist wie folgt zu fassen: Die Liegenschaftsverwaltung überlässt dem Verein diese Liegenschaften und Räumlichkeiten ganz oder teilweise so lange zur Nutzung, wie der Verein die vertraglich mit dem Kreis vereinbarten Aufgaben wahrnimmt. Einzelheiten der Nutzungsüberlassung der Liegenschaften und Räumlichkeiten, insbesondere zur Zahlung von Mieten, Pachten und Nebenkosten sowie zu sonstigen Rechten und Pflichten von Nutzerin und Eigentümerin werden durch gesonderte Miet- bzw. Nutzungsverträge für die einzelnen Liegenschaften geregelt, die zwischen der Immobilienverwaltung des Kreises und dem Verein abzuschließen sind.“

Im § 11 Absatz 1 sind die Worte „seine Anlagen“ zu ersetzen durch die Worte „der Anlage 1 zu diesem Vertrag“

Der letzte Satz des Absatzes 1 zu § 11 ist wie folgt zu fassen:

„Der Verein ist verpflichtet, die für die Wahrnehmung seiner in diesem Vertrag übertragenen Aufgaben erforderlichen Einnahmen durch Erhebung angemessener Teilnehmer- bzw. Nutzungsentgelte und durch die Einwerbung von Zuschüssen Dritter selbstständig zu erwirtschaften.“ Außerdem ist dieser Satz als Absatz 1 voran zu stellen, wobei die weiteren Absätze sich dann anschließen.

Die im jetzigen Absatz 1 (zukünftig Absatz 2) festgelegte jährliche Zuwendung ist auf 1,2 Mio. EUR festzusetzen.

Der Absatz 3 des § 11 ist wie folgt neu zu fassen: (3) Darüber hinaus erhält der Verein zum Ausgleich der ihm durch Zahlung kostendeckender Mieten an die Immobilienverwaltung des Kreises entstehenden Ausgaben für die Überlassung der in § 4 Abs. 2 benannten Einrichtungen eine weitere Zuwendung. Der Zuwendungsbetrag **ist gleich** der Summe der jährlichen Mietkosten bzw. Nutzungsentschädigungen des Vereins gegenüber der Immobilienverwaltung des Kreises. Die Mietnebenkosten sowie die Bewirtschaftungskosten dieser Einrichtungen und die Unterhaltung der Außenanlagen dieser Einrichtungen sind vom Verein zu tragen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die unter Ziffer 3 des CDU-Antrages aufgenommene Verpflichtung zur Aufnahme von Verhandlungen über eine Kostenbeteiligung der Kommunen, aus deren Gebiet Kinder die Kreismusikschule besuchen gemeinsam mit dem Verein für Jugend- und Kulturarbeit umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 60 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3 Baumaßnahmen auf dem Jugendzeltplatz Wittenborn

Herr Dingeldein (CDU) stellt den als Tischvorlage verteilten gemeinsamen Antrag von CDU und FDP vor und begründet ihn anschließend. Der Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e.V. (VJKA) habe eine stimmige Konzeption für das Zeltlager Wittenborn vorgelegt. Seine Fraktion stehe klar hinter diesem Konzept. Mit dem heutigen Antrag werde allerdings das Ziel verfolgt, den geplanten Neubau kostengünstiger zu realisieren. Daher schlage man als Gesamtsumme insgesamt 900 TEUR vor.

Herr Schnabel (FDP) weist in seiner Antragsbegründung darauf hin, dass noch eine Lösung über die Bauträgerschaft gefunden werden müsse. Der VJKA besitze wahrscheinlich andere Möglichkeiten der Zuschusseinwerbung als das Gebäudemanagement des Kreises.

Herr Hansen (B90/Die Grünen) begrüßt den vorliegenden Antrag, bemängelt aber zugleich, dass der Antrag erst heute vorgelegt worden sei. In seinen weiteren Ausführungen plädiert er dafür, den Antrag heute nicht –wie vorgesehen– als Prüfauftrag an die Verwaltung, sondern als

endgültigen Antrag zu beschließen. In der weiteren Aussprache über den Antrag nimmt Frau Remann, als geschäftsführender Vorstand der GMSE, Stellung zu dem vorliegenden Antrag. Sie weist darauf hin, dass die GMSE den von der Politik gestellten Auftrag abgearbeitet habe. Der heutige Antrag sei nun ein neuer Arbeitsauftrag.

Herr Wilken (SPD) weist auf 3 relevante Punkte hin, die seiner Fraktion wichtig seien und bittet diese zu Protokoll zu nehmen:

1. Die Geschäftsführung des Vereins müsse intensiv in die weitere Vorlagenerstellung für den Hauptausschuss eingebunden werden, auch der Jugendhilfeausschuss müsse sich mit der Thematik nochmals intensiv befassen,
2. der Antrag sei in erster Linie als Prüfauftrag an Politik und Verwaltung zu verstehen,
3. die Maßnahme „Essen- und Wirtschaftsraum“ soll dahingehend sorgfältig geprüft werden, wo der kostenmäßige Unterschied zwischen Zeltbau und Festbau liege und welche Bauweise dem VJKA mehr Möglichkeiten einräume, dort intensiv und effektiv zu arbeiten.

In der weiteren Diskussion befasst sich der Kreistag intensiv mit dem Antrag von CDU und FDP. Herr Hansen (B90/Die Grünen) plädiert dafür, eine Sondersitzung des Hauptausschusses zu diesem Thema einzuberufen. Herr Wulf (CDU) äußert hierzu seine Zustimmung, betont aber, dass dies erst zu realisieren sei, wenn die entsprechende Verwaltungsvorlage gefertigt sei. Zum Abschluss der weiteren Wortbeiträge stellt der Kreispräsident den Antrag von CDU und FDP zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Kreistag fasst folgenden Grundsatzbeschluss:

Der Jugendzeltplatz Wittenborn ist in Bestand und Funktion zu erhalten. Grundlage hierfür ist das vom Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg vorgelegte Konzept mit den Konzeptschwerpunkten: umweltpädagogische/naturnahe Bildung, freizeitpädagogische Angebote, erlebnispädagogische Angebote, Vermittlung sozialer Kompetenzen, Gastbelegungen mit und ohne pädagogische Betreuung

Da das jetzige Wirtschaftsgebäude mit den sanitären Anlagen nicht mehr zeitgemäß, marode und damit abbruchreif ist, muss ein für den Betrieb des Jugendzeltplatzes geeignetes und notwendiges Wirtschaftsgebäude neu errichtet werden.

Abweichend vom vorgelegten Verwaltungsvorschlag sollte der Aufenthaltsraum, zugleich Essen- bzw. Speiseraum, nicht in Form eines festen Gebäudes errichtet werden, sondern dem Neubau unmittelbar angeschlossen als Zeltbau.

Hierfür wird in Abstimmung mit dem Verein für das neue Wirtschaftsgebäude folgender Raumbedarf für die Planung zugrunde gelegt:

Wirtschaftsräume (Küche, Abwasch, Versorgung, Personal) rd. 100 qm

Funktionsräume (Kranken- u. Behandlungsräume, Betreuer, Lager, Technik) rd. 60 qm

Waschräume und Duschen sowie Toiletten für Jungen und Mädchen rd. 115 qm

Verwaltungs- und Personalräume mit Nebenräumen rd. 75 qm

Erschließungsflächen für die vorgenannten Räume ca. 10% rd. 30 qm

insgesamt rd. 380 qm

Auf der Grundlage dieses Raumbedarfes und eines nach heutigen Maßstäben realistischen Kostenansatzes von 2.200 EUR/qm Nutzfläche dürfte für das Bauwerk incl. technischer Einrichtungen, Kosten der Außenanlagen und Baunebenkosten gemäß DIN ein aufzuwendender Betrag von rd. 840.000 EUR für das Wirtschaftsgebäude zuzüglich der Kosten für ein Essenzelt mit 60.000 EUR, insgesamt also ein Betrag von rd. 900.000 EUR, angemessen und ausreichend sein.

Dieser Betrag ist die Obergrenze für die Finanzierung des Zeltplatzgebäudes entsprechend dem Raumbedarfsplan incl. Essenzelt durch den Kreis Segeberg. Er ist durch entsprechende Haushaltsmittel zu unterlegen.

Zur Erreichung einer optimalen Bezuschussung dieses Objektes durch Dritte (private und öffentliche Stellen, Sponsoren) ist zu prüfen, ob der Verein für Jugend- und Kulturarbeit Träger der Baumaßnahme werden sollte, wobei die baufachliche Begleitung durch das Gebäudemanagement des Kreises Segeberg erfolgen kann. Für den Fall der Bauträgerschaft durch den Verein wäre dem Verein der Betrag von 900.000 EUR als Zuschuss zu gewähren.

Durch den Verein eingeworbene Zuschüsse für das Objekt könnten über die Obergrenze hinaus für die Baumaßnahme oder aber auch für die Einrichtung ' der Räumlichkeiten verwendet werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtliche und tatsächliche Realisierbarkeit und das Für und Wider unter Darlegung konkreter finanzieller Erwägungen umgehend zu prüfen und das Ergebnis dem Hauptausschuss kurzfristig vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 59 Ablehnung: - Enthaltung: 1

Pause von 20:05 – 20:20 Uhr.

zu 4 Öffentlicher Rettungsdienst im Kreis Segeberg Vorlage: DrS/2008/057

Beschlussvorschlag (geändert durch Hauptausschuss am 7.7.08):

Der Kreistag beschließt, der Beschluss vom 06.12.2007 (DrS 2007/128) wird aufgehoben. Es wird beschlossen, auch nach dem 15.01.2010 den öffentlichen Rettungsdienst im Kreis Segeberg durch das Deutsches Rotes Kreuz - Kreisverband Segeberg e.V. und durch den KBA - Krankentransporte, Behinderten- und Altenhilfe e. V. durchführen zu lassen.

Der Kreis Segeberg bemüht sich um eine Kooperation mit den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Stormarn. Es wird erwartet, dass die beiden Anbieter im Zuge einer solchen Kooperationsbemühung sich auch in eine solche Kooperation einbringen.

Es findet eine Aussprache über die Verwaltungsvorlage Drs/2008/057 sowie über den geänderten Beschlussvorschlag statt. Verschiedene Redner/innen aus den KT-Fraktionen von CDU, SPD und FDP äußern sich zu der Thematik. In diesem Zusammenhang stellt Herr Bruß (SPD) den folgenden Änderungsantrag seiner Fraktion.

Antrag SPD-Fraktion:

Der Absatz „Der Kreis Segeberg bemüht sich“ Wird ersetzt durch:

Zukünftig wirken sie selbstständig auf Kooperationsmöglichkeiten mit weiteren Verbänden/Organisationen in anderen Kreisen hin.

Der Landrat weist mit Blick auf den Befangenheitshinweis von Herrn Böttcher darauf hin, dass er zwar im November 2007 zum stv. Landesvorsitzenden des DRK gewählt worden sei, er rechtlich aber trotzdem nicht befangen sei.

Mit Mehrheit verständigt sich der Kreistag nach intensiver Diskussion, in der deutlich wurde, dass es heute zu keiner Einigung kommen werde, darauf die Vorlage heute nicht abzustimmen, da es hier noch Klärungsbedarf gebe. Das Thema soll in den Fachausschüssen nochmals aufgearbeitet werden, da die Verwaltungsvorlage eine andere Richtung vorschläge, als die Politik bevorzuge. Eine Beschlussfassung durch den Kreistag ist für Oktober d.J. vorgesehen.

zu 5 Berichtswesen Vorlage: DrS/2008/039

Der Kreistag verständigt sich darauf, den TOP (Vorlage Drs/2008/039) heute abzusetzen. Eine interfraktionelle Arbeitsgruppe soll stattdessen zusammen mit der Verwaltung ein neues Berichtswesen entwickeln. Die Fraktionen sollen für die Arbeitsgruppe entsprechende Personen benennen.

zu 6 Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel hier: Erneuerungsbauvorhaben Straßenbau Vorlage: DrS/2008/067

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache entsprechend dem Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt einer überplanmäßigen Auszahlung im Teilplan 542, Kreisstraßen, bis zur Höhe von max. 800.000 Euro zu. Die Mittel werden ausschließlich zur Werterhaltung des Anlagevermögens eingesetzt. Für die Zulässigkeit gilt § 95 d Abs. 2 der Gemeindeordnung i.V. mit § 57 der Kreisordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 52 Ablehnung: 8 Enthaltung: -

zu 7 Gremienbesetzung der Sparkasse Südholstein; Wahl bzw. Vorschlag durch den Kreistag Segeberg für 1.) Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Südholstein 2.) Verwaltungsrat der Sparkasse Südholstein Vorlage: DrS/2008/046

Der Kreistag stimmt ohne Aussprache über von den Fraktionen die benannten Personen für die Zweckverbandsversammlung ab.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Besetzung der Zweckverbandsversammlung der Sparkasse Südholstein wie folgt:

I. Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Südholstein

Es werden gewählt:

	Namen	Geburtsdaten
1.	Henning Wulf, CDU	16.09.1941
2.	Hans-Jürgen Scheiwe, CDU	17.12.1950
3.	Carsten Ulrich Völker, CDU	20.12.1971
4.	Annette Glage, CDU	13.02.1968
5.	Peter Gloger, CDU	22.08.1945
6.	Roswitha Strauß, CDU bgl.	30.05.1946
7.	Dietrich Wiebe, SPD bgl.	19.09.1938
8.	Ingrid Olef, SPD	14.10.1939
9.	Edda Lessing, SPD	10.02.1949
10.	Joachim Dose, FDP	10.08.1946
11.	Arne Gutenschwager, B90/Grüne	10.02.1975

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 55 Ablehnung: 3 Enthaltung: 1

Anschließend begründet Herr Böttcher zur Besetzung des Verwaltungsrates seine Anträge auf Begründung der Vorschläge der Fraktionen sowie auf Beantragung von Einzelabstimmung.

Der Antrag auf Einzelabstimmung über die Vorschläge für den Verwaltungsrat wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Zustimmung: 2 Ablehnung: viele Enthaltung: viele

Im Anschluss gibt der Landrat eine kurze rechtliche Erläuterung über die vom Kreis Segeberg vorzuschlagenden Mitglieder für den Verwaltungsrat. Grundsätzlich seien nach der Satzung des Zweckverbandes Sparkasse Südholstein 5 Personen vorzuschlagen. Der Vorstandsvorsteher

werde als geborenes Mitglied des Verwaltungsrates den Vorschlägen der betreffenden Körperschaft zugerechnet. In diesem Falle seien dann nur 4 Personen vorzuschlagen. Insoweit müsse bei der SPD-Fraktion ein Vorschlag gestrichen werden.

Die Fraktionen verabreden hierzu eine 20 minütige Auszeit.

Nach der Auszeit informiert Herr Wilken (SPD), dass man sich fraktionsintern schweren Herzens darauf geeinigt habe, Jutta Hartwig von der Vorschlagsliste zu streichen.

Anschließend stellt der Kreispräsident die Vorschlagsliste für den Verwaltungsrat zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Vorschlagsliste für den Verwaltungsrat der Sparkasse Südholstein wie folgt:

II. Verwaltungsrat der Sparkasse Südholstein

1.	Arnold Wilken, SPD
2.	Henning Wulf, CDU
3.	Gottlieb Dingeldein, CDU
4.	Wilfried Mohr, CDU

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 48 Ablehnung: 7 Enthaltung: 2

zu 8 Änderung der Satzung für das Kommunalunternehmen - Anstalt öffentlichen Rechts Gebäudemanagement des Kreises Segeberg Antrag der FDP-Fraktion Vorlage: DrS/2008/068

Herr Schulz (B90/Die Grünen) stellt für seine Fraktion den Antrag, die Zahl der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates auf 7 zu erhöhen, damit auch seine Fraktion im Verwaltungsrat vertreten sei.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Zustimmung: 25 Ablehnung: 30 Enthaltung: 2

Anschließend stellt der Kreispräsident den Antrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss (Antrag FDP-Fraktion):

Der Kreistag beschließt:

§ 6 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 der Satzung des Kreises Segeberg für das Kommunalunternehmen – Anstalt öffentlichen Rechts Gebäudemanagement des Kreises Segeberg

(GM AöR) wird geändert und wie folgt neu gefaßt:

(1) Der Verwaltungsrat besteht aus der/dem Landrätin/Landrat als Vorsitzende(n) und 6 (sechs) weiteren Mitgliedern. Für die weiteren Mitglieder werden Vertreter(innen) bestellt.

(2) Die 6 (sechs) weiteren Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Kreistag für die Dauer von fünf Jahren gewählt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 30 Ablehnung: 25 Enthaltung: 2

zu 9 Gremienbesetzung * Verwaltungsrat AöR * Aufsichtsrat WEP

Der Kreistag befasst sich kurz mit der Thematik der Besetzung von Verwaltungsrat AöR und

Empfehlung Besetzung Aufsichtsrat WEP. Anschließend werden die Gremienbesetzungen nacheinander zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Verwaltungsrat wird folgendermaßen besetzt:

▪ **Verwaltungsrat der AÖR Gebäudemanagement des Kreises Segeberg**

Es werden folgende Personen gewählt:

		StellvertreterIn
1.	Arne-Michael Berg, CDU	Hans-Jürgen Scheiwe, CDU
2.	Wilfried Mohr, CDU	Carsten Ulrich Völker, CDU
3.	Henning Wulf, CDU	Doris Grote, CDU
4.	Peter Säker, SPD	Gerd-Rainer Busch, SPD
5.	Rudolf G. Beeth, SPD	Arnold Wilken, SPD
6.	Wolfgang Schnabel, FDP	Katharina Loedige, FDP

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 44 Ablehnung: 5 Enthaltung: 6

▪ **Aufsichtsrat der WEP Wirtschaftsförderungs-, Entwicklungs- und Planungsgesellschaft der Kreise Pinneberg und Segeberg mbH**

Folgende Personen werden der KSB vom Kreistag für die Besetzung des Aufsichtsrates empfohlen:

1.	Claus Peter Dieck, CDU
2.	Volker Bruß, SPD
3.	Katharina Loedige, FDP

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 44 Ablehnung: 3 Enthaltung: 8

**zu 10 Fortschreibung der Verträge im Bereich Erziehungsberatung
Vorlage: DrS/2008/066**

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache entsprechend dem Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Verträge über die offenen Beratungsangebote mit dem Deutschen Kinderschutzbund, dem Diakonischen Werk der Kirchenkreise Plön und Segeberg und der Therapiehilfe e.V. in der bestehenden Form um ein Jahr zu verlängern.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 55 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 11 Fortschreibung der Verträge im Bereich der Suchtberatung
Vorlage: DrS/2008/065**

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache entsprechend dem Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, die Verträge mit dem Landesverein für Innere Mission und dem Sozialwerk Norderstedt für die Suchtberatungsstellen in der bestehenden Form um ein Jahr zu verlängern.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 55 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 12 Verkehrsberuhigende und die Verkehrssicherheit erhöhende Maßnahmen Antrag Grünen-Fraktion Vorlage: DrS/2008/035

Herr Hansen (B90/Die Grünen) stellt den Antrag seiner Fraktion vor und begründet ihn anschließend. Der Antrag sei als Resolution an die Landesregierung zu verstehen, die Selbstbestimmung der Gemeinden zu stärken, sowie den Ermessensspielraum der Verkehrsaufsicht entsprechend zu erweitern. Er verweist auf das bereits laufende Modellprojekt in der niedersächsischen Gemeinde Bohmte, wo auf einem Teilstück der Hauptstraße Bürgersteige, Zebrastrifen, Ampeln und Verkehrsschilder verschwunden seien, um im Rahmen von shared space (Hauptanliegen von shared space: Erhalt und Verbesserung der räumlichen und sozialen Qualitäten der bebauten und unbebauten Umgebung) die Trennung zwischen Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern aufzuheben.

Frau Rathje-Hoffmann (CDU), als Vorsitzende des Ausschusses für Planung und Umwelt, betont dass die Umgestaltung dieses Straßenabschnitts die Gemeinde rund 1,3 Mio. EUR gekostet habe. Insoweit müssten zur Realisierung dieses Antrages große Finanzmittel von den Gemeinden aufgebracht werden. Grundsätzlich begrüße aber auch ihre Fraktion diese Resolution. Wichtig sei für ein solches Projekt alle Beteiligten, u.a. auch die Versorgungsunternehmen, einzubinden.

Ihre Fraktion beantrage als Änderung allerdings im ersten Klammerzusatz des Beschlusses (Mindestnormen wie eine bestimmte Anzahl von Fahrzeugen, Straßenquerungen, Radfahrern, Schulkindern etc. sollten nicht mehr ausschließlich entscheidungsrelevant sein) das Wort „**ausschließlich**“ einzufügen.

Herr Eberhard (FDP) plädiert für seine Fraktion ebenfalls für die Annahme des Antrages.

Herr Sass-Olker weist zudem auf den § 5 GDG (Gesundheitsdienst-Gesetz) hin, wonach die Kreise sicherzustellen hätten, dass ihre Planungen und Maßnahmen auch auf anderen in Betracht kommenden Handlungsfeldern, insbesondere in den Bereichen Siedlungsentwicklung, Wohnen, Schule, Jugend, Menschen im Alter, Verkehr, Umwelt, Arbeitswelt und Soziales, die Ziele des Öffentlichen Gesundheitsdienstes einschließlich der Gesundheitsziele nach § 4 Abs. 1 angemessen berücksichtigten (Gesundheitsförderung).

Abschließend stellt der Kreispräsident den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Planungs- und Umweltausschuss bzw. der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit des Kreises Segeberg möge dem Kreistag empfehlen zu beschließen, das Land aufzufordern, die Verkehrsaufsicht des Kreises als zuständige Genehmigungsbehörde in die Lage zu versetzen, Anträgen der Gemeinden für im weitesten Sinne verkehrsberuhigende und die Verkehrssicherheit erhöhende Maßnahmen innerorts gerade auch auf Kreis-, Landes- und Bundesstraßen zu entsprechen bzw. zuzustimmen.

Dabei ist der mögliche Ermessensspielraum weitestgehend auszuschöpfen bzw. bestehende Normen (Mindestnormen wie eine bestimmte Anzahl von Fahrzeugen, Straßenquerungen, Radfahrern, Schulkindern etc. sollten nicht mehr **ausschließlich** entscheidungsrelevant sein) zu verändern, um so zu einem gleichberechtigten Miteinander aller Verkehrsteilnehmer zu gelangen, die Verkehrssicherheit - speziell auch die Schulwegsicherung - zu erhöhen, die Anzahl und Schwere der Unfälle zu verringern und zur Stärkung des Selbstverwaltungsgedanken der Kommunen beizutragen.

Damit sind ausdrücklich auch bauliche geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen innerorts (bzw. kurz vor den Ortseinfahrten), aber auch Querungshilfen für Fußgänger, Einrichtung von Radfahrstreifen auf der Fahrbahn, Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht und Shared-Space-Konzeptionen gemeint.

Vorraussetzung sollte eine Eigenbeteiligung der Gemeinde in Höhe von 30% der Maßnahmenkosten sein.

Der Kreis fordert das Land auf, den Kommunen größere Entscheidungsfreiheit bezüglich verkehrsberuhigender und Verkehrssicherheit erhöhender Maßnahmen innerorts einzuräumen. Die Kreisverkehrsaufsicht als Genehmigungsbehörde soll erweiterte fachliche Beratung gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 54 Ablehnung: - Enthaltung: 1

zu 13 Aktuelle Fragezeit

Die Anfrage der Fraktion Die LINKE zur Beibehaltung der 12er Ausschussbesetzungen wird vom Kreispräsident beantwortet: Es gehe darum, die Ausschüsse nicht zu groß werden zu lassen. Die Mitwirkungsrechte der Fraktion Die LINKE sei durch die stimmenlosen Grundmandate gewahrt.

Der Kreispräsident betont auf Nachfrage von Frau Altenhöner, dass die heutige Sitzung aufgrund der heute ebenfalls terminierten Sitzung der Mitgliederversammlung des LKT nicht um 15:00 Uhr habe beginnen können. Zur Sitzungsdauer äußert er, dass die TOP der heutigen Sitzung teilweise unzureichend vorbereitet gewesen seien.

zu 14 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 15 Zeitpunkt der Amtseinführung der Landrätin

Nach Sachvortrag des Kreispräsidenten, wobei er auch auf die derzeitige rechtliche Situation eingeht und hinweist, dass der Kreistag heute über den Zeitpunkt der Amtseinführung von Frau Hartweg eine Entscheidung zu treffen habe, beantragt die SPD-Fraktion, Frau Jutta Hartweg zum 01.08.08 ins Amt einzuführen. Anschließend begründet Herr Wilken (SPD) für seine Fraktion den Antrag. Er verweist darauf, dass auch das Innenministerium (IM) in seinem Schreiben die Auffassung vertreten habe, dass Frau Hartweg trotz bestehender Einsprüche gegen das Wahlergebnis bereits zum 01.08.08 ernannt werden könne. Herr Schnabel (FDP) betont für seine Fraktion, dass man zwar konstruktiv mit der neuen Landrätin zusammenarbeiten wolle, eine Ernennung aus Gründen der Rechtssicherheit (Entscheidung des IM über Einsprüche und Gültigkeit der Wahl) aber erst zum 01.09.08 befürwortet werde. In der weiteren Diskussion wird namentliche Abstimmung über den SPD-Antrag beantragt.

Antrag SPD-Fraktion:

Ernennung und Amtseinführung der Landrätin zum 01.08.08.

Das erforderliche Quorum von 1/3 der anwesenden Kreistagsabgeordneten wird erreicht. Damit wird namentlich über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt.

Name	Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
Albert	Bettina		X	
Algier	Ute		X	
Altenhöner	Jutta	X		
Beeth	Rudolf-G.	X		
Behm	Joachim		X	
Berg	Arne-Michael		X	

Böttcher	Renee	X		
Brauer	Sven-Hilmer	-	-	-
Brocks	Simone	-	-	-
Brüggmann	Diane	X		
Bruß	Volker	X		
Busch	Gerd-Rainer	X		
Buthmann	Jörg		X	
Bülow	René		X	
Curdts	Dietmar	X		
Dieck	Claus Peter			X
Dingeldein	Gottlieb		X	
Dose	Joachim			X
Eberhard	Klaus-Peter		X	
Ehlers	Marc-André	X		
Glage	Annette		X	
Gloger	Peter		X	
Grote	Doris		X	
Gutenschwager	Arne	X		
Hahn-Fricke	Angelika		X	
Hansen	Arne	X		
Hauschildt	Helga		X	
Jahn	Rosemarie		X	
Jordt	Michael		X	
Kittler	Heinz-Michael	X		
Köpke	Tobias	X		
Krause	Klaus-Jürgen	X		
Lange	Ulla	X		
Lessing	Edda	X		
Loedige	Katharina		X	
Lübberts	Hermann	X		
Marcussen	Rita	X		
Miermeister	Joachim		X	
Mohr	Wilfried		X	
Murawski	Volker	-	-	-
Muschke	Dr. Manfred		X	

Olef	Ingrid	X		
Petersen	Helge	X		
Rathje-Hoffmann	Katja		X	
Sager	Karin	-	-	-
Säker	Peter	X		
Sass-Olker	Hans-Jürgen	X		
Scheiwe	Hans-Jürgen		X	
Schnabel	Wolfgang		X	
Schroeder	Klaus-Peter		X	
Schuckart	Dr. Manfred		X	
Schulz	Dietmar		X	
Schulz	Raimund	X		
Stoltenberg	Peter	X		
Trapp	Jörg	X		
Völker	Carsten Ulrich		X	
von der Mühlen	Dagmar		X	
Wagner	Alexander	X		
Wengler	Wilfried		X	
Wild	Hans-Joachim		X	
Wilken	Arnold	X		
Wulf	Henning		X	
Würfel	Lore	X		
Zylka	Winfried		X	

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Zustimmung: 27 Ablehnung: 31 Enthaltung: 2

Der Kreispräsident stellt nach der Abstimmung fest, dass der Zeitpunkt der Ernennung und Amtseinführung damit der 01.09.08 ist. Ernennung und Vereidigung sollen am 01.09.08 um 17:00 Uhr im Rahmen einer festlichen KT-Sitzung im KT-Saal stattfinden.

**zu 16 Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Umsetzung der Richtlinie des Landes Schleswig-Holstein zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Bundesinvestitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung" (für Kinder unter drei Jahren)
Vorlage: DrS/2008/070**

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache entsprechend dem Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Umsetzung der Richtlinie des Landes Schleswig-Holstein zur Förderung von Investitionen im Rahmen

des Bundesprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ auf der Basis des vorgelegten Vertragsentwurfs.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 52 Ablehnung: - Enthaltung: 1

Der Kreispräsident schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Winfried Zylka
(Kreispräsident)

f.d.R. Stürwohltd
(Protokollführer)